

Briefe und Kommentare 2009

(Vereinzelt ergänzt, gekürzt oder berichtigt)

Parteien:	Seite 1
Euro, Währungen:	Seite 9
Wirtschaft:	Seite 13
Energie:	Seite 21

Eine Reihe von Briefen bzw. Aufsätzen sind Antworten oder Kommentare zu Beiträgen aus der FAZ. Diese können gegen eine geringe Gebühr eingesehen und ausgedruckt werden unter: <http://fazarchiv.faz.net/FAZ.ein>

Gedanken zu einem brennenden Problem unserer Demokratie

Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Das Volk wählt seine Vertreter aus seiner Mitte. Wer nicht wählt, macht sich durch Nichtwählen zum Sklaven der Wählenden. Von der Antike bis zu Abraham Lincoln waren die Sklaven unfreiwillig unfrei. Die Nichtwähler von heute sind freiwillig Unfreie, sie sind die Sklaven der Wählenden, den die Wähler bestimmen über die Lebensumstände der Nichtwähler.

In der FAZ fragt Stefan Dietrich am 30.9.09 „Wozu SPD?“ Meine Antwort:

Das Dilemma der SPD, folgt sie bei ihrer politischen Ausrichtung den Wünschen ihrer Klientel, dann zerstört sie den Weg, auf dem allein sich deren Zielvorgaben erreichen ließen. Verfolgt sie eine Politik, mit der sie langfristig die Ziele ihrer Klientel erreichen könnte, wird sie nicht gewählt, weil diese Wähler die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht erkennen, nicht verstehen, dass der von ihnen favorisierte Weg nicht zum Ziel führt, u.a., auch weil die SPD ihnen diesen nicht erklärt. Aber das allergrößte Problem ist, dass auch der überwiegende Teil der Mitglieder, bis hin zum Führungspersonal, nicht erkennt, dass es nicht reicht, immer nur den „Besserverdienenden“ im Interesse der Ärmern etwas wegzunehmen, quasi umzuverteilen, um auf Dauer steigende Wählerzahlen an sich zu binden. Wenn der allgemeine Wohlstand in Deutschland auch mit ihrer Hilfe wieder wachsen soll, muss die SPD erkennen und lernen, dass sie auch dafür Verantwortung tragen muss, dass dort wo sie etwas wegnimmt, auch wieder etwas nachwächst. Wenn ihr das nicht gelingt, wird sie mit den Linken austauschbar, mit denen, die nicht einsehen wollen, warum täglich Milch gebende Kühe nicht auch Fleisch geben sollen, obwohl doch jeder sieht, dass sie welches haben. Voraussichtlich zukünftig als Parteivorsitzenden einen schlimmeren Populisten als Schröder, mit einer mit ihm verfeindeten Generalsekretärin, die in ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen mit Lafontaine eins ist, und einem Fraktionsvorsitzenden, der zwar ausgleichen kann, aber von der Persönlichkeit her, der Zerreißprobe nicht gewachsen sein wird. Quo vadis, SPD. Eine Führungspersönlichkeit mit Durchsetzungskraft und Charisma, welche die SPD in ruhigeres Fahrwasser führen könnte, sehe ich in den ersten 3 Reihen des Personals nicht. Immer mehr Menschen, auch die Ärmern, erkennen, dass heutiges sozialdemokratisches Denken keinen Fortschritt, keinen Wohlstand hervor bringt, sondern ihn zerstört, nicht nur in Deutschland, auch international.

Brief an Herrn Frank-Walter Steinmeier, 10.8.09

Sehr geehrter Herr Außenminister,

Die 67 Seiten ihres Programms habe ich gelesen. Ein sozialdemokratischer Bundeskanzler sagte einmal sinngemäß, wer Visionen hat soll zum Psychiater. Dem mag ich nicht zustimmen. Aber visionäre Politik sollte zumindest auf erkennbare Weise erreichbare Ziele definieren und, noch wichtiger, Wege aufzeigen, die auch zum definierten Ziel hinführen können.

Arbeitsplätze können nicht „geschaffen“ werden, sie können nachhaltig nur „entstehen“ durch Nachfrage nach Produkten und Leistungen. Ihre Vorschläge, ihre Wegbeschreibungen zum Ziel, dokumentieren aber eine Vielzahl von Lenkungsmaßnahmen und Subventionen für politisch ausgesuchte Produkte und Leistungen, um sie auf diese Weise im Markt zu protegieren. Protektion einmal für diese Gruppe einmal für jenes Ziel.

Politische Marktbeeinflussung bedeutet zwangsläufig, es anders zu wollen als der Markt. Markt soll aber dem Ausgleich der Bedürfnisse und Wünsche über den Preis der Güter und Leistungen dienen. Von der Politik verlangt der Markt Rahmensetzung, Marktregeln. Markteingriffe und Lenkung von Bedürfnissen und Wünschen führen zum Chaos, politische Heilungsversuche oft zu größerem Chaos. Der Markt verlangt einen starken Staat, der die Einhaltung seiner gesetzten Regeln als Schiedsrichter überwacht und Verstöße sanktioniert. Schiedsrichter als Spielgestalter sind nicht nur beim Fußball störend, sondern auch am Markt. Zusammengefasst, viele ihrer politischen Vorhaben stehen der Realisierung ihrer politischen Ziele im Wege. Soziale Marktwirtschaft darf sich nur und muss sich an den Interessen der Verbraucher orientieren, nur unter diesem Begriff lassen sich die Interessen aller Bürger subsumieren und gleich behandeln, egal ob Unternehmer oder Rentner.

In der Hoffnung sie für einen politischen Moment nachdenklich machen zu können, verbleibe ich mit

Brief an den Fraktionsvorsitzenden der Union am 15.3.09

Ein Schlagwort der Grünen ist „die Schöpfung bewahren“. Ein Spruch, der Menschen in seinen Bann zieht. Meine Gegenargumentation fängt an mit der Auslegung des Begriffs:

Was ist die Schöpfung? Für jeden sichtbar ein auf unserer Erde seit 4 Milliarden Jahren währender evolutionärer Prozess. Gottes Schöpfung ist die Evolution. Wenn die Evolution Gottes Werk ist, ist dann eine Behinderung, ein Eingriff in die Weiterentwicklung der Evolution nicht Widerstand gegen Gott? Da kommt eine Minipartei, die deutlich weniger als ein Promille der Weltbevölkerung repräsentiert, hebt die rote Kelle und will in Deutschland per Gesetz das Ende der Evolution durchsetzen. Ist das nicht absurd? Die Evolution liefert uns mit der Kernkraft die Voraussetzung zur Mehrung des weltweiten Wohlstands, aber die Grünen wollen sie ersetzen durch eine Technik, die bereits unsere Großväter wegen ihrer Unwirtschaftlichkeit ad acta legten. Jetzt sagen sie im FAZ - Interview am 11.3.09, zu ihrer Überzeugung, und auch der von unserer Bundeskanzlerin gehöre die Bewahrung der Schöpfung, zu meiner auch, aber da

der Begriff offensichtlich sehr unterschiedlich genutzt werden kann, einerseits zur Sterilisierung des Fortschritts und andererseits zur Akzeptanz des evolutionären Fortschrittsangebots, halte ich es für gefährlich ihn zu benutzen, wenn nicht gleichzeitig deutlich wird, dass die Schöpfung ein evolutionärer Prozess ist, also ewig unvollendet sein wird und mit Bewahrung die Bewahrung des Fortschritts gemeint ist.

Brief an die Bundeskanzlerin am 18.4.09 die bevorstehende Bundestagswahl betreffend.

Jeder weiß aus seiner persönlichen Erfahrung, dass man dann und dort Fehler macht, wenn das eigene Know-how zur optimalen Problemlösung nicht ausreicht. An jedem Wahltag ist dies das Problem zu vieler Wähler. Sie wählen, desinformiert, uninformiert, gegen ihre eigenen Interessen. Ein besonders krasses Beispiel ist die jetzt vorgelegte Studie bezüglich der Gründe für die Ablehnung des Reformvertrags in Irland. 42% der Neinsager und 46% der Nichtwähler nennen mangelnde Kenntnisse über Inhalt und Auswirkung als Grund für ihr Verhalten.

Wenn neben den CDU- und FDP-Wählern noch weitere 10% der Wahlberechtigten politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge erkennen und verstehen lernen, dann reicht das. Dass es auch in der Politik „Soll und Haben“ gibt und der Staat kein „Esel streck dich“ ist, wird von zu wenigen erkannt. Warum wissen sie es nicht? Weil es nicht erklärt wird. Politische Entscheidungen, begründet, nur mit der Behauptung, dies sei gut für dieses und jenes, werden nicht akzeptiert. Wähler wollen wissen und selbst nachvollziehen können, warum ein vorgeschlagener Weg der Beste und auch zielführend ist. Zu viele sehen die politische Entscheidungsfindung schemenhaft wie durch eine Milchglasscheibe. Dieses Manko lässt sich nicht im Zeitrahmen eines Wahlkampfes beseitigen. Jedes politische Vorhaben oder Verhindernwollen, muss, mit Beispielen hinterlegt, breit diskutiert werden, jedes Jahr, 365 Tage lang. Um zu erläutern was ich meine nutze ich hier ein von mir in Gesprächen angewandtes Beispiel bezüglich des Mindestlohns. Angeblich sehen 70 – 80% der Bürger den Mindestlohn positiv. Da die SPD, wie Müntefering sagt, zum Wahlkampfthema macht, sind dazu gute Gegenargumente besonders wichtig.

In einem Friseursalon mit vier Beschäftigten steigt der Stundenlohn nach Einführung des Mindestlohns von 4,00 auf 7.50 €. Die Preise müssen drastisch erhöht werden. Fast alle Kunden haben ein festes Budget für diesen Ausgabenbereich. Das bleibt konstant. Die Kunden müssen deshalb jetzt ihre Friseurbesuche reduzieren, in dem Zeitraum, wo vorher 4 Besuche üblich waren, sind es jetzt noch 3. Einer der 4 Mitarbeiter muss entlassen werden, wenn das Friseurgeschäft nicht Konkurs gehen soll.

2. Beispiel: Für ein Verwaltungsgebäude mit 18 Etagen ist die Reinigung an ein Fremdunternehmen vergeben. Nach Einführung des Mindestlohns steigen die Reinigungskosten um X%. Das ist Anlass darüber nachzudenken, ob auf jeder Etage gleich oft gereinigt werden muss, ob der Zeitrhythmus für das Reinigen ausgedünnt werden kann. Man findet so das Einsparpotenzial, um den Anstieg der Jahreskosten zu vermeiden. Weitere Kunden haben gleich reagiert. In dem

Reinigungsunternehmen müssen Mitarbeiter entlassen werden. Lohn kann immer nur sein, was am Markt für eine Leistung zu erzielen ist. Kein Unternehmen kann Löhne zahlen, die die Wertschöpfung des Mitarbeiters übersteigen.

Wenn gesagt wird, in vielen europäischen Ländern gibt es bereits einen Mindestlohn, wird immer verschwiegen welche Folgen er wo hat. Ich greife 2 gegensätzliche Beispiele heraus:

In England ist der Mindestlohn so niedrig, dass weniger als 2% der Arbeitnehmer betroffen sind. In Frankreich führt der zu hohe Mindestlohn zur Massenarbeitslosigkeit besonders von Jugendlichen. Jeder kennt die immer wieder auftauchenden Bilder von Brandstiftung, Gewalt und Straßenschlachten in den Vorstädten der Großstädte. Ich kann so fast immer überzeugen. Nur mit der Behauptung, „Mindestlohn führe zu mehr Arbeitslosen“ ohne weitere Erläuterungen gelingt das nicht.

Eins von vielen möglichen Beispielen für auf der Straße liegende Argumente, die aber nicht genutzt werden, ist z.B.:

„Zu niedrige Lohnsteigerungen in den letzten Jahren“. Die Arbeitszeitverkürzung, die einer Lohnsteigerung von 12 – 17% gleichkommt, mit entsprechender Belastung für die Volkswirtschaft, wird in diese Rechnung nicht einbezogen. Nach meiner Ansicht ist das Ansinnen mit 35 Wochenarbeitsstunden eine Familie ernähren zu wollen, auch unanständig. Ich konnte das noch nie.

In Deutschland gibt es eine „Geiz ist geil“ Mentalität. Die lässt sich auch sehr gut zur Wahlwerbung nutzen. Z.B. bei den Strompreisen. Laut einer Veröffentlichung vom 1.8.08 des sicher allgemein als seriös akzeptierten Max-Planck-Instituts (www.ipp.mpg.de), wurden 2007 aus Biomasse, Sonne und Wind 67 Terawattstunden Strom erzeugt, der mit knapp 8 Milliarden € vergütet wurde. Die Differenz zum eingesparten konventionell erzeugten Strom beträgt 4.3 Milliarden €. Daraus ergibt sich, der aus Bio, Wind und Sonne erzeugte Strom ist um 116 % teurer als konventionell erzeugter Strom. Er kostet also mehr als das Doppelte.

Laut einer Umfrage, von der ich im Januar 2008 zufällig im Autoradio hörte, leider ohne Quellenangabe, wünschen ca. 85% der Deutschen zur Reduzierung der Strompreise eine stärkere Förderung der Photovoltaik. Kann es ein deutlicheres Beispiel geben, für Fehlentscheidungen infolge von Unwissenheit? Da eine Reduzierung des CO₂ Ausstoßes den Bürgern eher noch wichtiger ist, als ein niedriger Strompreis vergleiche ich beim Argumentieren immer Frankreich mit Deutschland. Nachzulesen auf meiner Homepage www.politikbetrachtung.de > Kernkraft. Jeder Wahlkampfeteiligte der CDU sollte z.B. die französische CO₂-Bilanz und das dortige Strompreisgefüge kennen. Die CDU sollte den erneuerbaren Energien einen engeren quantitativen Rahmen setzen und den Wählern zur Begründung aufzeigen, wie diese die Mischkalkulation beim Strompreis beeinflussen.

Für erneuerbare Energien wird von interessierter Seite auch mit dem Argument neu geschaffener Arbeitsplätze geworben, ca. 200 000 seien bereits entstanden. In Gesprächen greife ich u.a. immer auf die Kohlesubvention zurück. Dort

arbeiten Kumpels in der dritten Generation sehr schwer unter Tage und erhalten dafür guten Lohn, aber einen Lohn, der nicht dem Nutzen ihrer Arbeit entspricht, sondern angemessen ist zu ihrem Zeit- und Kraftaufwand. Das Ergebnis ihrer Arbeit ist volkswirtschaftlicher Schaden in Milliardenhöhe, den am Weltmarkt lässt sich die Kohle trotz Transportkosten billiger beschaffen. Das Ergebnis ist, der Lohn der Kumpels wird vom Steuerzahler bezahlt. Das Beispiel lässt sich auch mit der Mindestlohndebatte verknüpfen.

Erhards pausenloses erklärendes Werben wurde vom politischen Gegner immer verhöhnt. Heute leiden wir darunter, dass dies 40 Jahre lang versäumt wurde. Wir müssen wieder zur „Methode Erhard“ zurück. Das politische Denken, Handeln und Entscheiden in einem für die Partei verbindlichen Ordnungsrahmen wird von mir vermisst. Wirtschaftspolitik kann nicht mit Sozialpolitik verknüpft werden. Die Wirtschaft braucht zuverlässige Rahmenbedingungen, um erwirtschaften zu können, was Sozialpolitiker dann mit Augenmaß verteilen.

Brief an einen Beauftragten der Bundeskanzlerin 14.4.09

Sehr geehrter Herr Weidner,

Vielen Dank für ihre Antwort vom 8.4.09, CRM: 01090510.

Manchmal habe ich das Gefühl, ich werde gehört und/oder verstanden, manch Mal nicht. Am Beispiel: Am 11.4.05 schrieb ich Frau Dr. Merkel einen 3 Seiten langen Brief, den ich informationshalber, und auch, weil er heute noch genau so aktuell ist wie damals, als Anlage beifüge, und bekam am 21.4. eine 5-seitige Antwort von Frau Dr. Touché. Dem folgte weiterer Schriftwechsel. Nach der Bundestagswahl bekam ich nach meinem ersten Brief den telefonischen Hinweis, es sei jetzt keine Zeit mehr zum Lesen, ich möchte mich an meinen Bundestagsabgeordneten wenden. Ich schätze Frau Steinbach sehr, aber eine Ansprechpartnerin für wirtschafts- und sozialpolitische Probleme ist sie nicht. In den letzten Wochen habe ich 3Mal auf der Homepage der Bundeskanzlerin geschrieben. Unter CRM: 01342234 bekam ich eine Antwort, die das Gegenteil der Tendenz meines Schreibens voraussetzte, unter CRM: 01681678 bekam ich eine Antwort, die zeigte, dass ich verstanden wurde und man meinen Hinweis interessant fand.

Um am Beispiel zu erläutern wie intensiv aber auch langfristig angelegt der Einsatz jedes CDU-Mitglieds sein sollte, um nachhaltig den Unionserfolg zu sichern, habe ich das folgende Gespräch aufgeschrieben. Es zeigt, dass grünes und sozialistisches Denken oft relativ leicht aufzubrechen ist.

17.1.09, am Ende einer Wahlveranstaltung (Passanten ansprechen) für die CDU in Frankfurt auf dem Opernplatz. Zwei junge Männer, dem Äußeren nach eher nicht CDU-Wähler. Sie lassen sich aber amüsiert in ein Gespräch verwickeln. Sie kommen gerade von einer Besprechung für die nächste Antiflughafendemo und können bei dem Gedanken CDU Wählen zu sollen, nur lachen. Warum sie demonstrieren? Wegen der Natur, der Umwelt und so. Ob die Menschen und ihre Lebensverhältnisse nicht auch zu Natur und Umwelt gehören? Ja, aber die Schöpfung müsse bewahrt werden. Ob den die Schöpfung nicht ein evolutionärer Prozess sei, der die ständige Veränderung mit sich bringe und wie einerseits der

gewollte Fortschritt entstehen solle, wenn andererseits nichts verändert werden darf? Jetzt hat der eine Angst um seinen Glauben und läuft davon, der andere, sichtlich verlegen, ja schon, aber. Nach dem Aber sprachlos. Ich frage, was er denn beruflich macht. Er arbeitet bei Avaya-Tenovis, wo Entlassungen drohen, er ist deshalb frustriert, er weis nicht, ob er betroffen sein wird. Ich frage, ob es ihm nicht selbst schizophran vorkommt, wenn ein von Arbeitslosigkeit Bedrohter, gegen die Schaffung von 40 – 80 000 Arbeitsplätzen demonstriert? Er ist sehr betroffen und verabschiedet sich nachdenklich.

Ich weis nicht, ob das Samenkorn aufgehen wird. Was ich mit dem Aufschreiben des Gesprächs zeigen will, wie mühsam, aber auch wie notwendig und letztendlich auch aussichtsreich es ist, solche Mühen auf sich zu nehmen.

Bis zum September müssen 10% mehr Bürger die Zusammenhänge und Mechanismen marktwirtschaftlicher Politik verstehen, damit sie aus eigenem Verstehen immun werden gegen haltlose unerfüllbare Versprechungen.

Stellungnahme zum Leserbrief von Dr. Wolfgang Ender vom 25.3.09

Unabhängig davon, ob ich die Papstkritik der Bundeskanzlerin von Stil und Umfang her, für gerechtfertigt halte, halte ich fest, der Standpunkt von Dr. Ender ist Gift für die Demokratie. Die Ausrichtung der individuellen Wahlentscheidung an einem Segment aus der Summe aller die Wahlen beeinflussenden politischen Parameter, ist nicht nachvollziehbar. Vor amtierenden Politikern, die bei ihren Entscheidungen bedenken, kostet oder bringt das Wählerstimmen, sollte man sich fürchten. Kein Wähler wird eine Partei finden, mit der er bei Programm und Handeln 100%ig übereinstimmt. Am Wahltag bin ich gelegentlich schon froh, wenn ich zu 50% mit der Partei meiner Wahl übereinstimme, gelegentlich ist es auch weniger. Aber da die Übereinstimmung mit anderen Parteien noch niedriger ist, habe ich keine andere Wahl. Nichtwählen darf für keinen Demokraten eine Alternative sein. Jeder Nichtwähler sollte wissen, mit seinem Verhalten stärkt er die Parteien, die ihm ferner stehen, und schwächt die Partei, die ihm am nächsten steht. Dieses Wissen ist Voraussetzung für optimales demokratisches Verhalten. Der Versuch von Parteien es all ihren Wählern rechtzumachen, würde scheitern und wird, dafür sollten wir dankbar sein, auch gar nicht versucht.

Am 3.5.09 erschien in der FAZ am Sonntag ein von Reiner Hank und Carsten Germis geführtes Interview mit Franz Müntefering.

Nachstehend mein Kommentar zu einigen Aussagen Münteferings.

Ich empfehle, das gesamte Interview im FAZ-Archiv zu lesen.

Das Interview gibt eine Vorahnung, mit welchen Verdrehungen, Halbwahrheiten und Lügen wir uns im Wahlkampf auseinandersetzen müssen. Er spielt mit den Emotionen der Bürger, nutzt geschickt ihr Nichtwissen, ihre mangelhafte Kompetenz hinsichtlich Ursache und Bewertung der Finanzmarktkrise, schamlos aus, anstatt hinsichtlich der Probleme eine sachgerechte Diagnose zu treffen, um daraus Therapieansätze abzuleiten. Nachstehend meine Kommentare zu Münteferings Antworten. (FAZ-Interviewtext *kursiv*)

Wir Menschen wollen, dass es uns gutgeht. Der Trieb, Reichtum zu erwerben, steckt in uns drin. Er steckt auch in uns Sozialdemokraten. Wenn dieser Trieb aber den Gesetzen des Urwaldes überlassen wird, nach denen der Stärkste sich gnadenlos durchbeißt, dann ist das nicht sozial. Diese Form des Kapitalismus, die sich den Menschen und der Gesellschaft nicht verpflichtet fühlt, gehört in die Mülltonne.

Keine Differenzierung zwischen einerseits Markt für Waren und Leistungen und andererseits dem tatsächlich ungeregelten globalisierten Kapitalmarkt.

Der Kapitalismus hat uns in die Krise geführt, die wir jetzt erleben. Da wurde immer das Geld in den Mittelpunkt gestellt: viel Geld, schnell viel Geld. Das eigene Geld soll sich vermehren ohne Rücksicht auf Verluste. Die mit dem vielen Geld haben das für sich ausgenutzt, ohne Verantwortung wahrzunehmen. Wenn wir aber in einer humanen Gesellschaft zusammenleben wollen, dann funktioniert das nur, wenn man sich gemeinsame Regeln gibt. Wettbewerb, der kein soziales Ziel hat, ist schädlich. Eigentum verpflichtet. Und einige Leute da oben - zu viele - hatten kein sittliches Ziel. Manager, die gerne mit diesem Feuer spielen, sind Pyromanen, und Leute, die rücksichtslos mit der Welt umgehen, sind Gangster.

Nicht der Kapitalismus hat uns in die Krise geführt, sondern die fehlenden Regeln am internationalen Finanzmarkt sind die Ursache der Krise. „Wettbewerb, der kein soziales Ziel hat“ soll das etwa bedeuten, Wettbewerb mit Arbeitsplatzgarantie? Das wäre die Sterilisation des Fortschritts. Das Ergebnis von Wettbewerb ist zwangsläufig immer sozial, weil er zu Vorteilen für die Verbraucher führt. Zu diesem Thema kommt der Beitrag von Martin Walser in der FAZ vom 6.5.09 genau richtig: „Wettbewerb ist ein Gebot der Nächstenliebe“. Selten habe ich in einem Zeitungsbeitrag soviel qualifizierte und wirksam formulierte Argumente gegen das gesamte linke Spektrum gefunden. Den Beitrag von Walser sollten sowohl Marktwirtschaftsfreunde als auch die Gegner lesen. Dort sind auch Anregungen für Wahlkampfangenheiten marktfreundlicher Parteien zu finden.

An die, die die Finanzkrise in den vergangenen Jahren verursacht haben und vergessen haben, dass Geld eine dienende Funktion hat. Wenn man Kurzfristgewinne von 25 Prozent zum Ziel hat, ohne Verantwortung fürs Ganze, führt das in die Irre. Es geht um Nachhaltigkeit, um Verantwortung auch für morgen. Davon sind einige weit entfernt.

Verursacher sind US-Regierung und FED. (Erläutert in „Finanzmarktkrise“)

Als kleiner Industriekaufmann, der ich bin, frage ich mich, ob ein Renditeziel von 25 Prozent ein Ziel sein kann, das sich alle Unternehmen, die ganze Wirtschaft, die Gesellschaft setzen kann. Da läuft doch was schief. Wenn eine Wirtschaft um ein bis zwei Prozent wächst und einer macht 25 Prozent Gewinn, dann frage ich mich: Werden da nicht Löcher gegraben, für die andere bezahlen? Mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, zum Beispiel? Das ist eine Zielsetzung, die sich nicht orientiert an der sozialen Verantwortung für die Wirtschaft insgesamt, für die Gesellschaft. Es ist eine egoistische Linie, die nicht ausgerichtet ist auf eine

vernünftige, funktionierende soziale Marktwirtschaft.

Chaos, Verwirrung! Mehr Unverstand geht nicht. Gleichsetzung statt Differenzierung zwischen Handel, Produktion, Dienstleistungen einerseits und Banken, Finanzwirtschaft andererseits. Keine Erklärung, dass die 25% keine Umsatzrendite sondern, sich auf die Relativität des Geschäftserfolgs zum Eigenkapital beziehen. Hätte die DB ein geringeres Eigenkapital, würde die gleiche Gewinnsumme zu mehr als 25% führen. Bei möglicherweise nur 6% Eigenkapital beträgt die „Geschäftsrendite“ nur 1,5%.

(Bezüglich der Folgen des Interviews, Brief an die FAZ vom 10.5.09 Seite 17.)

Übrigens, was sagt der Finanzminister, wenn sein Parteivorsitzender für weniger Gewinn, also auch für geringere Steuereinnahmen plädiert? Eine Bank mit 10% Eigenkapitalrendite zahlt weniger Steuern. Wenn nicht Gewinn, was soll dann das Erfolgskriterium sein? Unternehmensgewinne sind die Voraussetzung für das Funktionieren des Sozialstaats.

Man vergleiche Münteferings Vorstellungen von sozialer MW mit den unter „Marktwirtschaft, warum“ auf dieser Homepage definierten Vorstellungen.

Die Interviewer: Die Deutsche Bank ist wieder erfolgreich, und sie ist die einzige Bank, die ohne Staatshilfe auskommt. Das verdient doch eigentlich Respekt?

Aber zu wessen Lasten? Ich habe nichts gegen die Arbeit der Deutschen Bank. Ich habe auch nichts dagegen, dass Herr Ackermann versucht, sein Institut erfolgreich zu führen. Das 25-Prozent-Ziel ist aber eine Verirrung. Gerade in Zeiten wie diesen sollte jeder aufpassen, dass die Verlierer dieser Zeit eine solche Aussage nicht wie Spott und Hohn empfinden müssen. Viele, die jetzt um ihren Arbeitsplatz fürchten, fragen sich: Wer mag diese 25 Prozent wohl bezahlen?

Kann es wirklich sein, dass ein Parteivorsitzender nicht unterscheiden kann zwischen Umsatzrendite und Eigenkapitalertrag, was kaum zu glauben ist. Was ist sein Ziel? Ist er so skrupellos, dass er glaubt, auf die Bildungsferne potenzieller SPD-Wähler vertrauen zu können und so Stimmungen lenken zu können? Ist es nicht so, dass die Unternehmen mit dem höchsten Gewinn den besten Beitrag für die Sicherung des Sozialstaats und des Haushalts leisten?!

Wir sind gut beraten, in den kommenden kritischen Zeiten alles dafür zu tun, dass die produktiven Teile unserer Wirtschaft nicht in die Knie gehen. Was jetzt verlorengeht, werden wir nicht mehr wiederbekommen. Und ein großer Teil unseres Wohlstandes resultiert daraus, dass Deutschland immer noch zu einem großen Teil eine Industriegesellschaft ist. Wir wollen und müssen Industriegesellschaft bleiben. Wer in den nächsten ein, zwei Jahren leichtfertig alle kaputtgehen lässt, denen es jetzt trotz zukunftsfähiger Substanz und Produkte schlechtgeht, der wird sich dann fragen lassen müssen, welche Voraussetzungen wir noch haben, an den alten Wohlstand anzuknüpfen. Deswegen müssen wir mit Zähnen und Klauen verteidigen, was wir können.

Heißt das Strukturen zementieren? Nicht die SPD, nicht die Politik kann auswählen, entscheiden, was zu erhalten ist, das kann nur die Summe aller jeweiligen Kunden durch ihr Marktverhalten. Wenn in einer solchen Krise

Unternehmen mit interessanten vom Markt gewünschten Produkten oder Leistungen stolpern, finden sich Interessenten, die sie stützen und dann auch selbst Risiko tragen. Andernfalls können andere mit besseren Produkten die Fehlmenge mit zusätzlichen neu eingestellten Mitarbeitern ausgleichen. Den größten Schaden haben die Eigner.

Die Konservativen wollen jetzt den Unternehmen helfen, aber wenn die Krise vorüber ist, soll alles weiterlaufen wie vor der Krise. Ich habe da eine andere Einstellung: Wir müssen massiv etwas ändern.

Konkret: Es kann doch nicht sein, dass sich gerade die Reichen einen schlanken Fuß machen und den Staat um die Steuern prellen. Also müssen wir verschärft gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Es kann auch nicht sein, dass wir in diesem Land unsittlich hohe und unsittlich niedrige Löhne haben. Das macht eine Gesellschaft kaputt. Also brauchen wir eine ganz klare Deckelung der Managergehälter, und wir brauchen Mindestlöhne. Kurzum: Wir müssen den Primat der Politik wieder stärker betonen und der Sozialen Marktwirtschaft wieder Geltung verschaffen.

Um Stimmung zu schüren, flicht er hier das Thema Steuerhinterziehung ein, obwohl das mit dem Interviewthema nichts zu tun hat.

Einerseits Mindestlohn, andererseits Lohndeckelung! Bezüglich Mindestlohn habe ich mich auf Seite 3 ausführlich geäußert. Lohndeckelung, wie viele Firmen wird das veranlassen, teilweise zwingen, den Firmensitz ins Ausland zu verlegen? Es ist das Primat und die Pflicht der Politik dem Markt einen gesetzlichen Rahmen zu geben, aber soweit sich die Marktteilnehmer an diese Regeln halten, gilt das Primat des Markts. Kurz, knapp und für jeden verständlich habe ich das am Beispiel eines Fußballspiels erklärt unter „Finanzmarktkrise“.

Zum Schluss frage ich, sind die empirischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen hohnsprechenden Ausführungen Münteferings Spiegel des sozialdemokratischen Denkraums?

Die gesamte Linke hat es im Wahlkampf leichter als die marktwirtschaftlich orientierten Parteien, weil potenziell linke Wähler sehr leicht auf Parolen, Schlagworte und Versprechungen hereinfallen und oft die Unplausibilität der Argumente und Behauptungen nicht erkennen, so scheint es zumindest Müntefering zu sehen. Aufklärung, Darstellung am Beispiel, ist eine Chance.

Euro, Währungen

Brief an FAZ am 1.1.09

Frankreich handelt, Deutschland denkt nach. Erst denken, dann handeln wäre auch für Frankreich besser. Wenn ich lese und höre, welcher Druck auf die verantwortlichen deutschen Politiker ausgeübt wird, es den Finanzblasenfabrikanten Sarkozy, Bush und Brown gleich zu tun, entsteht die Sorge, Merkel, Steinbrück u.A. könnten dem Druck nachgeben und die gleichen Fehler machen. Die Politik muss sich zwar einmischen, leider, aber mit

wohlüberlegten Einzelmaßnahmen, die jeweils Kettenreaktionen bzw. Dominoeffekte auslösen. Ich denke an:

1. Abwrackprämien für, nach Schadstoffausstoß und/oder Alter definierten Kraftfahrzeugen, befristet auf 6 – 12 Monate, damit kurzfristiges Entscheiden erzwungen wird. Alternativ kann der Finanzminister eine Bruttosumme bereitstellen, nach deren Verbrauch die Aktion endet. Die Prämie darf nur verrechnet werden mit dem Kauf neuer oder neuwertiger (definieren) KFZ.
2. Die Abschreibungsmöglichkeiten verbessern für in den nächsten 6 – 12 Monaten zu treffende außerplanmäßige Investitionsentscheidungen unterlegt mit innerhalb dieser Frist verbindlich erteilten Aufträgen. (Risiko: Mitnahmeeffekt, bei steuerlichen Betriebsprüfungen einbinden)
3. Die Steuerprogression für Einkommen unterhalb 60 – 80 000.- € glätten und/oder die Freibeträge anheben.
4. Die Sozialversicherungskostenerhebung grundlegend ändern, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verbessern. („politikbetrachtung.de > Sozialversicherungskosten“)
5. Die EZB beschließt auf Einlagen Negativzinsen zu erheben.

Es ist wahrscheinlich, dass zumindest die Maßnahmen zu 1 und 2 zu keiner Haushaltsbelastung, sondern die angestoßenen zusätzlichen Folgegeschäfte zu den Aufwand übersteigenden Steuermehreinnahmen führen. Da für Abwrackprämien fast ausschließlich private KFZ infrage kommen werden, entstehen bei einer Prämie von 2 – 3000.- € allein schon bei der Mehrwertsteuer Einnahmen von mindestens 3 – 4000.- €.

Der Hinweis auf CO₂-Ausstoßminderung soll angeblich die Verabschiedung von Gesetzen beschleunigen, deshalb erwähne ich das hier auch.

Vorschlag 5 führt zur Ertragsverbesserung bei der EZB und könnte die Kreditvergabepraxis bei Banken beeinflussen, womit bewiesen wäre, dass das als „Gier“ gescholtene Gewinnstreben auch positive Seiten haben kann. Risiko ist die eventuelle Kapitalverlagerung zu Staatsbanken außerhalb des Euroraums.

Brief an die US-Botschaft, 23.4.09

Ich suche keine Hilfe, sondern ich möchte ihnen einen Gedanken vortragen, der möglicherweise bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise helfen kann.

Wenn die US-Regierung die Not leidenden Immobilien unter ihre Verwaltung stellt, ihre Vermietung zum derzeit möglichen Preis organisiert, dem Mieter ein Vorkaufsrecht einräumt, die Immobilien damit auch vor dem Verfall bewahrt, und die Differenz zur Annuität der jeweiligen Hypothek übernimmt, also die vollständige Bedienung der toxischen Papiere sicherstellt, verlieren diese ihre Toxizität.

Das alles vorausgesetzt, müsste sich der Wert dieser Papiere erholen und nach einiger Zeit der Beobachtung hinsichtlich der Zuverlässigkeit des Regierungshandelns, wieder zum erholten Kurs handelbar werden. Das Vertrauen würde wieder zurückkehren, die Krise würde geheilt. Zu einem späteren Zeitpunkt kann die Regierung je nach Marktlage die Immobilien verkaufen und mit dem Überschuss nach der Hypothekentilgung die eigenen Investitionen decken und vielleicht Gewinn erwirtschaften. Möglicherweise geht dies auch mit privater Beteiligung.

Ich denke, die Krise muss an der Wurzel behandelt werden, das Bankenretten ist aber Reparatur an den Symptomen. Mir sind zwar keine Zahlen bekannt, aber ich vermute, dass dieser Vorschlag auch die billigste und die am schnellsten wirksame Lösung des Problems wäre.

Brief an die Bundeskanzlerin, 30.8.09

Die emotional geführte Debatte bezüglich der Bonizahlungen ist zwar nachvollziehbar, aber ich hoffe, dass die in den Medien z.Z. behandelten Vorschläge, u.a. FAZ 16.8. „Union droht mit Gesetz gegen Boni“ nicht Realität werden. Die Geschehnisse im Umfeld der Finanzmarktkrise sind berechtigter Anlass für die Legislative einen Rahmen zu setzen, in dem sich Entlohnungs- und Belohnungsverträge bewegen können, aber ohne auf die Höhe und Art der Entlohnung Einfluss nehmen zu wollen. Gesetze, die den Markt betreffen, müssen einen Ordnungs (politischen) Rahmen setzen bezüglich der Struktur, nicht hinsichtlich einer Summenbegrenzung, z.B.

Ein zu Solidarität verpflichtendes Gesetz, das den Mitarbeiter zur Solidarität mit seinem Arbeitgeber verpflichtet, seinen Bonus schmelzen lässt, wenn in anderen Geschäftsfeldern der AG kein Gewinn oder sogar Verluste entstehen und bei einem Verlustsaldo aus allen Geschäftsfeldern der AG, der Anspruch auf Boni ganz entfällt, unabhängig vom eigenen für die AG generierten Erfolg. Für die Gesamtsumme aller Boni der AG sollte eventuell ein Maximum relativ zum Gewinn gesetzlich vorgegeben werden. Für den Fall erst später festgestellter Verluste oder Gewinne kann auch eine Rückholung und Nachzahlung der Boni gesetzlich geregelt werden, wie wir es ähnlich aus dem Steuerrecht kennen. Weiterhin sollten im Insolvenzfall Boniforderungen Massforderungen sein und keine Lohnforderungen.

Viel zu lesen und zu hören ist über die Gier der Manager, aber nichts über die Ursache. In einem Index gelistete AG müssen Vierteljahresberichte erstellen. Das ist aus Sicht der Anleger möglicherweise die wichtigste Entscheidungshilfe. Einseitig betrachtet ist es auch plausibel. Aber welche Folgen hat das für die Vorstände und leitenden Mitarbeiter der Gesellschaften und für ihr Entscheidungsverhalten, und danach für die Finanzmärkte? Im Vierteljahresrhythmus stehen sie und das Unternehmen im Scheinwerferlicht. Öffentlich wird ihre Leistung bewertet und kritisiert, verglichen mit Wettbewerbern und dem Gesamtmarkt. Der Finanzmarkt und die mediale Öffentlichkeit erwarten einen permanenten Aufwärtstrend, vierteljährlich bestätigt. Welchen Einfluss hat das auf die Persönlichkeitsstruktur, die Psyche der Verantwortlichen? Dieser Druck zwingt faktisch zur Steigerung, ja Maximierung der Risikoneigung. Wie soll unter diesen Umständen ein

Verantwortlicher die langfristigen Unternehmensziele im Auge haben, wenn der Erfolg vierteljährlich bewertet wird? Wenn dann die Blase platzt, ist das Geschrei groß. Solange dieses Dilemma nicht auf internationaler Ebene beseitigt wird, sind diese Blasen und ihr Platzen die zwangsläufige in Intervallen auftretende Folge. Es gibt zwar einige wenige AG, denen es mehr oder weniger gelingt, diesem Druck auszuweichen. Wenn man näher hinsieht, haben sie aus unterschiedlichen Gründen, eine gewisse Alleinstellung, z.B. eine gewisse Marktdominanz, Familiendominanz in der Gesellschafterstruktur oder langfristig engagierte Aktionäre mit dominierendem Anteil. Der Verweis auf diese wenigen darf nicht Begründung für Nichthandeln werden, darf nicht Alibi sein für ein weiter so.

Siehe auch FAZ 25.8. „Der Schädling“, Hans. D. Barbier
28.8. „Auf neuen Kurs nach der Krise“

Ressort: Wirtschaft Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.12.2009,
Antwort auf „Die Mutter aller Blasen“ von Holger Steltzner, 14.11.09

Unsere Währung hängt am seidenen Faden.

Die Erkenntnis, dass die Inflation der Vermögenswerte für eine Volkswirtschaft mindestens so gefährlich ist, wie die Inflation der Waren- und Leistungspreise ist noch nicht alt und leider noch nicht ausreichend verbreitet und akzeptiert.

Deswegen ist es wichtig, dass Sie, wie im Wirtschaftsleitartikel „Mutter aller Blasen“ (F.A.Z. vom 14. November), auf diese Zusammenhänge hinweisen.

Damit möglichst viele die Botschaft verstehen, wären Beispiele aus dem tatsächlich Geschehenen hilfreich. Lesen und Verstehen ist oft nicht das Gleiche. Auch lassen sich Regierungen revolvierend dazu verführen, Staatsschulden mit Hilfe der Inflation der Realwirtschaft abzubauen zu wollen, und hoffen, damit zusätzlich ihre Exportchancen auf Kosten anderer zu verbessern, ohne zu erkennen, welchen Schaden sie ihrer eigenen Volkswirtschaft zufügen. Wie kann eine Währung instrumentalisiert werden, und was sind die Folgen?

Die Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank führt zu einer Wertsteigerung des Euro, das Senken der Leitzinsen vermindert den Wert einer Währung. Der Wechselkurs steigt oder fällt. Wenn das Umtauschverhältnis, der Wechselkurs, so beeinflusst wird, dass der tatsächliche Wert der eigenen Währung unterschritten wird, führt das zu größeren Chancen beim Export, denn so werden für alle Importeure in fremden Währungsgebieten die gekauften Waren und Leistungen billiger. Das ist gut für die Verbraucher in diesen Ländern. Gleichzeitig werden aber dadurch die Importe in den Euro-Raum verteuert, was die Bürger im Bereich der manipulierten Währung belastet.

Folgendes zur Geschichte französischer Finanzpolitik: Die vor der Einführung des Euro übliche Abwertung des Franc begünstigte die Exportfähigkeit, aber die Abwertung verbilligte nicht nur den Export, sie verteuert auch den Import, immer. Still und klammheimlich, von ihm unbemerkt, wurde so dem französischen Bürger das Geld für die Subventionierung des Exports aus der Tasche gezogen. Oberflächlich betrachtet lässt der Wertverfall einer Währung die Regierung gut aussehen, denn die so erreichten Absatzsteigerungen im Export und die dadurch entstehenden neuen Arbeitsplätze werden von der Öffentlichkeit deutlicher wahrgenommen als der Währungsverfall. Aber es ist eine Scheinblüte,

denn es bleibt nie bei einer Abwertung. Es ist immer ein fortschreitender Prozess. Soweit Importe aus Konsumgütern bestehen, schlägt der Wertverfall der eigenen Währung unverzüglich auf die Preise durch. Soweit Importe aus Rohstoffen, Halbzeugen, Dienstleistungen und so weiter. bestehen, gilt zum Teil das Gleiche und zum anderen Teil werden die zukünftigen Exporte verteuert, und das Spiel beginnt von Neuem, es kommt die nächste Abwertung. Bezahlt haben das die französischen Bürger mit dem Kaufkraftverlust ihrer Ersparnisse und ihres Einkommens. Dieses Spiel heißt in Frankreich Pouvoir Politique und wurde von französischen Regierungen gespielt, egal welcher Partei. Es führt zu permanentem Transfer von französischem staatlichem und privatem Vermögen an ausländische Nutznießer dieser Politik. Folge war, die französische Bevölkerung finanzierte die wirtschafts- und ordnungspolitischen Fehler ihrer Regierung, das Fehlen verlässlicher Rahmenbedingungen für die sehr unterschiedlichen Produktions- und Leistungsbereiche der gesamten Volkswirtschaft.

In einem Land, dessen Währung fortdauernd an Wert verliert, wird es sinnlos, Zukunftsvorsorge zu treffen. Einige Beispiele sind:

Ausbildungsversicherung der Kinder, Bausparverträge, Lebensversicherungen und Rücklagen fürs Alter. Denn bis die angesparten Beträge gebraucht oder fällig werden, haben sie so viel an Kaufkraft verloren, dass sie dem Zweck nicht mehr dienen können. Die Differenz ist das unfreiwillige Geschenk an die Bürger in anderen Währungsgebieten. Dieses Desaster ist ausschließlich Folge von Politik. Offenbar will Frankreich dieses System reinstallieren, und zwar für den gesamten Euroraum.

Die Unabhängigkeit der EZB von der Politik ist, elementare Voraussetzung zur Wahrung und Mehrung von Wohlstand in Europa. Wie wichtig eine stabile Währung ist, wurde in den siebziger Jahren durch den Altbundeskanzler Schmidt unfreiwillig deutlich gemacht, als er sagte, ihm seien fünf Prozent Inflation lieber als fünf Prozent Arbeitslose. Wenig später hatten wir beides.

Der Wert unserer Währung hängt an einem seidenen Faden. Aus einer eventuellen politischen Behinderung der EZB entstehende Inflation wirkt wie eine Exportförderungssteuer, die im Binnenmarkt erhoben und deren Ertrag an Verbraucher außerhalb des Euroraums ausgeschüttet wird. Aber nicht nur die Südnationen sind betroffen, sondern alle Bürger im Euroraum zahlen den Preis für eine solche wirtschaftliche Scheinblüte. Wichtig ist, dass möglichst viele erkennen, dass es sich nur um eine primitive Rabattgewährung handelt: Rabatte auf Exporte, gewährt zur Verschleierung inkompetenter Wirtschaftspolitik, bezahlt von den Bürgern. Die Aufweichung des Maastrichtvertrags war der erste Schritt.

Wirtschaft

Ökonomenstreit

Zum Streit der Professoren bezüglich einerseits der mathematischen Grundlagen zur Lehre der Ökonomie und andererseits die Dominanz des politisch – philosophischen Denk- und Lehransatzes.

Bevor man es im Text merkt, ich bin kein Ökonom, aber mich interessiert, ob Professor Bachmann und seine Mitunterzeichner eventuell Euken, Rüstow, Hajek und Gleichdenkende für Ideologen halten und man solche Wissenschaftler nicht mehr braucht, weil es für das Marktverhalten der Akteure mathematische Modelle gibt, quasi subjektives Verhalten der Marktteilnehmer in mathematischen Modellen prognostizierbar wird. Die Vorschläge amerikanischer Nobelpreisträger aus den vergangenen Monaten zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise stützen das nicht. Im Gegenteil, die Wurzeln der Krise liegen in den USA. Ursache ist die Unkenntnis der als „Ideologie“ missverstandenen Differenzierung zwischen liberal und neoliberal durch Euken, u.A. Die philosophische Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik und die ständige öffentliche Diskussion dieser Themen sind unverzichtbar für das Verstehen und Kontrollieren des Marktgeschehens und des politischen Handelns. Wäre die Basis von Erhards Denken mathematisch basierte Ökonomie gewesen, hätte er damals genau so versagt, wie jetzt die mathematisch dominierte Ökonomie beim Entstehen und Bewältigen der Krise. Der mathematische Zweig der Ökonomie wird durchaus gebraucht als nützliche Hilfe zur Unterstützung der neoliberalen Ökonomie.

Im August widmet sich Frau Nienhaus in der FAZ dem gleichen Thema.
Milton Friedmann – Krugmann

Sehr geehrte Frau Nienhaus,

Das ist schon eine sehr interessante vergleichende Darstellung unterschiedlicher Ansichten. Es wird aber auch deutlich, dass Volkswirtschaftler immer wieder versuchen Vorhersagen zu erarbeiten, auch für Solches, was nicht prognostizierbar ist. Ja, wie sollen Ökonomen ein neues Menschenbild finden? Zu akzeptieren, dass die beteiligten Menschen Individuen sind, fällt schwer, weil man daraus kein mathematisches Modell ableiten kann. Dass der Glaube an die Kompatibilität des Menschen mit der Mathematik stärker ist als die Einsicht, dass die Entindividualisierung zum Modellmenschen nicht gelingen kann, führt einen Teil der Wissenschaftler in die Sackgasse. Fast völlig außer Acht gelassen werden die Imponderabilien, die zum Teil einen Dominoeffekt auslösen können, z.B. der 11.9. oder die Lehmanpleite. Die angelsächsischen Volkswirtschaftler blicken geringschätzig auf den Teil der deutschsprachigen Wissenschaftler, die eine philosophische Komponente in ihre Arbeit einbinden, eben in Ordnungen denken. Mehr Eucken, weniger Krugmann würde viele Fehler vermeiden helfen. Das angelsächsische Beharren auf Altliberalität statt Neoliberalität ist Hauptursache der heutigen Krise.

Ihre Beschreibung des ökonomischen Denkens der 70er Jahre beweist, mit welcher intellektueller Enge und Praxisferne die damaligen Analysen erstellt wurden. Man ging von einer gegenseitigen Beeinflussung 2er Komponenten aus und vergas die dritte Komponente, den, der das bezahlen muss.

Zu Peter Sloterdijks „Die Revolution der gebenden Hand“. vom 10.6.09, FAZ

Wenn man die Reaktionen auf FAZNET und in den Leserbriefen ließt, drängt sich die Frage auf, was hat er falsch gemacht? Gegen die Political Correctness verstoßen? Hm. Eine andere mögliche Antwort steht in der FAZ vom 13.6., der

Chef des philosophischen Oktetts verlangt ein Minimum an Klarheit. Ich denke das muss auch von jedem Einzelnen verlangt werden. Alle, die in der FAZ schreiben schulden den Lesern Verständlichkeit. Herr Paul sagt, Peter lass den Metakäse weg und sprich Klartext. In diesem Sinne, aber nur in diesem Sinne hat Peter Sloterdijk versagt. Ich hoffe, dass sich die Diskussion über diesen herausragenden das Denken befruchtenden Beitrag vertieft und verbreitet. Besonders positiv beeindruckt hat mich in FAZNET der Kurzkomentar von Marvin Parsons. „Wenn man den Aufsatz nicht gelesen hätte, könnte man allein an der Reaktion der verbohrtten Kommentarschreiber erkennen, wie gut er ist, und dass er Lebenslügen als solche vorführt und sehr unbeliebte Wahrheiten enthält“.

Um Sloterdijk zu verstehen, sollte man erkannt haben, dass „der Staat“, der alles richten soll, wir selbst sind und nicht ein anonymes Dritter. Wenn eine ständig zunehmende Teilmenge der Bürger sich ganz oder teilweise von der Restmenge der Bürger alimentieren lässt, und dies heute soviel Geld verschlingt, dass andererseits Geld fehlt, um die Ergebnisse auf den Hauptschulen entscheidend zu verbessern, damit möglichst alle diese Schüler sich zukünftig selbst ernähren können und nicht ein Teil von ihnen den Kreis der Alimentierten vergrößert, sind wir in einem Teufelskreis, aus dem wir heraus müssen.

Zeitgleich verschuldet sich das Staat genannte Kollektiv aller Bürger in einer von den Schuldenmachern nicht mehr tilgbaren Höhe. Jeder Euro, den ein Bürger heute vom Staat verlangt oder sich aufdrängen lässt, sind die zu verzinsenden Schulden seiner Kinder, Enkel und Urenkel. Was ist daran falsch, wenn Sloterdijk darauf hinweist, dass der keine Steuern zahlende Teil der Bürger zunimmt, der Steuern zahlende Teil der Bürger abnimmt und uns auffordert, über mögliche Konsequenzen nachzudenken? Auch ich habe Angst, dass das zu Auseinandersetzungen in der Gesellschaft führen wird, wenn uns keine Trendwende gelingt und irgendwann den Alimentierern der Kragen platzt. Dass er unsere Gesellschaft auf sehr drastische Weise anschreit, dies so tun muss, liegt an uns allen, weil wir leise Töne nicht mehr hören. Wir sollten ihm für seinen aufrüttelnden und Träume zerstörenden Beitrag dankbar sein. Sein Lösungsvorschlag am Schluss setzt eine altruistische Gesellschaft voraus und die wird es nie geben können, weil der Wettbewerb unter den Denkenden und Handelnden die Voraussetzung für die Evolution der Menschheit ist.

Das Parteienspektrum zeigt, wie groß der Teil derer ist, die sich vom anderen Teil immer noch mehr Zuwendungen erhoffen und Ende September wird man sehen, von welchem Teil wie viele zum anderen Teil gewechselt sind.

Schonvermögen bei Hartz IV. Es geht um die Fixierung einer Summe, die unangetastet bleibt, bei der Feststellung der Bezugsberechtigung nach Hartz IV. Kommentar von Heike Göbel, FAZ 28.7.09, Seite 11.

Der Vorstoß von Olaf Scholz ist zwar in erster Linie Wahlkampf, aber deswegen auch gefährlich. Um etwas so erklären zu können, dass es verstanden wird, ist das Darstellen am möglichst übersichtlichen Beispiel, sehr hilfreich. Das Thema ist mir aus Diskussionen nicht fremd und ich antworte mit folgendem Beispiel: Stellen sie sich ein kleines Dorf vor, jeder kennt jeden. Die Sozialausgaben des Dorfes werden von den Dorfbewohnern ausgeglichen. Es gibt keine Zuschüsse

von außen. Ein älteres Ehepaar mit kleinem bescheiden Haus im Dorf wird Hartz IV-Empfänger. Im Dorf gibt es eine Reihe von jungen Familien mit Kindern, die sparen, um bald selbst bauen zu können. Andere haben schon ein Haus, bei dem sie noch Hypotheken zu tilgen haben. Diese Familien sollen jetzt belastet werden, um dem älteren Ehepaar die Aufnahme eines Kredits auf das Haus oder dessen Verkauf zu ersparen? Die einen können dann evtl. erst später bauen, die anderen müssen evtl. die Tilgung strecken. Ist das gerecht? So wie am Beispiel des Dorfs beschrieben, so funktioniert der Staat. Der Sozialstaat verblutet an seiner Gutmenschlichkeit, wenn er seine sozialen Leistungen nicht auf die beschränkt, die tatsächlich der Hilfe bedürfen.

Brief an den Bundeswirtschaftsminister am 7.6.09

Es geht um die von vielen Seiten geforderte Stützung einer Reihe durch die Finanzmarktkrise gefährdeter Unternehmen.

Z. Z. scheint fast allen in der Politik die ordnungspolitische Orientierung verloren zu gehen. In der vordersten Reihe der Verantwortlichen scheinen sie der Einzige zu sein, der die Orientierung noch besitzt. Was geschieht, wenn der Staat nicht hilft? Darüber scheint es kaum realitätsbezogene Vorstellungen zu geben. Die Alternative zu Weiß ist nicht Schwarz, sondern nuancenreich. Politik, Wirtschaftspolitik muss sich, auch und besonders in der Krise, an den Interessen der Verbraucher orientieren.

Nur unter dem Begriff „Verbraucher“ lassen sich alle Interessen subsumieren. Verbraucher sind alle, vom Individuum (Arbeitnehmer) bis zum DAX-Unternehmen.

Die Verbraucher in Interessengruppen zu parzellieren, um Einzelne bevorzugt zu behandeln, schädigt die Summe der Verbraucher, Bürger, Wähler. Das sollte die CDU offensiv vertreten.

Großen Arbeitsplatzkonglomeraten nicht zu helfen, bedeutet nicht den Verlust dieser Arbeitsplätze. Soweit diese Arbeitsplätze bisher den Verbraucherinteressen dienen, werden sie auch weiterhin gebraucht. Genau das werden Finanzmarktteilnehmer erkennen und insolvente Unternehmen im Rahmen derer Marktchancen arbeitsplatzrettend übernehmen. Am Markt überflüssige Arbeitsplätze kann auch die Bundesregierung nicht retten. Nur der Markt, das sind die Verbraucher, nur die können entscheiden, welche Arbeitsplätze untergehen und welche erhalten bleiben sollen. Der Wahlkampfpopulismus eines Teils der Regierung, und (leider) auch Mitläufer in der Union, dürfen sich nicht gegen die Interessen der Verbraucher durchsetzen. Was nicht gerettet werden muss, sind die Interessen der bisherigen den Niedergang begleitenden und finanzierenden Investoren.

Beispiel Scheffler:

International sind viele Industriebereiche auf die Produkte von Scheffler angewiesen. Scheffler ist nicht ohne Weiteres austauschbar. Austauschbar sind jedoch die Eigentümer. Im Konkursfall würde es deshalb Investoren geben, die sich engagieren, ohne dass der Staat sich einmischte. Die Banken haben Scheffler Kredite gewährt, die durch den Wertverfall der Conti-Aktie jetzt mangelhaft gesichert sind. Auch deshalb werden sich die Banken um Lösungen bemühen.

Arbeitsplätze werden nur soweit verloren gehen, wie es die allgemeine Marktsituation erfordert.

Beispiel Arcandor, Karstadt:

Einerseits sind Tausende internationale mittelständische und kleine Lieferanten auf diesen Vertriebsweg angewiesen, der nicht ohne weiteres von anderen vorhandenen Vertriebskanälen ersetzt werden kann, vor allem nicht quantitativ, und andererseits können die bisher von Karstadt befriedigten Bedürfnisse der Verbraucher aus vielerlei Gründen nicht ohne Weiteres durch andere befriedigt werden. Was zu Karstadt noch zu sagen ist, ist das Gleiche wie zu Scheffler. Zu Opel gibt es z.Z. und solange das Kartenhaus noch eins ist, nichts zu sagen. Diese Beispiele stehen für viele Unternehmen.

Grundsätzlich gilt, unrentable Arbeitsplätze kann und darf der Staat nicht erhalten, zwangsläufig würden damit rentable Arbeitsplätze vernichtet.

Das würde die Verbraucher über die Betriebskosten und die Steuerzahler durch die Interventionskosten belasten, wobei die einen jeweils eine erhebliche Teilmenge der anderen sind. Die Wähler haben Anspruch darauf, dass ihnen dieser Zusammenhang erklärt wird.

Wenn das vorüber ist, sollten sie die dramatischen Belastungen der Bürger durch die kontraproduktiven Lenkungssubventionen zum Thema machen. Bis jetzt, vielen Dank! Sie machen Hoffnung.

Brief an FAS bezüglich, „Pro – Contra“ 10.5.09, speziell Volker Weidermann

Herr Weidermann bezieht sich auf das Interview mit Müntefering, in der FAS vom 3.5. Müntefering umgeht, bewusst die Differenzierung zwischen Umsatzrendite und Kapitalrendite, weil er sich so eine größere politische Wirkung bei seinen Klientel verspricht, und in die so gestellte Falle tritt Herr Weidermann, wenn er in seinem Beitrag von 25% Umsatzrendite spricht, und dann seinen selbst fabrizierten Fehler zum Anlass nimmt, andere zu verurteilen. Wie viele Leser werden diese schlimme Falschmeldung glauben, eben weil es in der FAS/FAZ steht, und man dieser Zeitung vertraut? Sie werden es schimpfend weiter erzählen. Wie verantworten sie das? Ein korrigierender Hinweis in der nächsten Ausgabe könnte der Schadensbegrenzung dienen. Wie kann in ihrer Zeitung ein solcher Fehler geschehen? Liest da niemand gegen? Insbesondere dann, wenn jemand Beiträge zu einem Thema schreibt, zu dem es ihm an elementaren Kenntnissen zu mangeln scheint. Dem Schlusssatz von Herrn Weidermann stimme ich zu, soweit er sich auf den Kapitalmarkt bezieht. Der Waren- und DL-Markt ist zwar nicht optimal geregelt, aber sehr umfassend.

Am 13.5.09 antwortet Herr Weidermann: „Danke für den Hinweis auf meine schnöde Verwechslung. Ich werde versuchen in der nächsten Ausgabe einen kleinen Platz für eine Richtigstellung zu finden.“

Heute, im Januar 2011 beim erneuten lesen, erkenne ich, dass ich meine Kritik zu grob formuliert habe, wofür ich mich entschuldige und hoffe, dass Herr Weidermann irgendwie Kenntnis davon erhält.

FAZ. 4.4.09 „Im Förderrausch“. Ein Kommentar zur Abwrackprämie von Manfred Schäfers

Sehr geehrter Herr Schäfers,

Was ich, nicht speziell bei ihnen, sondern ganz allgemein vermisste, ist beim (Ver-) Urteilen in sehr vielen Fällen, das Bedenken und Einbinden der Alternative. Dass die Abwrackprämie zu Lasten der Staatskasse geht, stimmt nur langfristig. Fürs Erste werden das Mehrwertsteueraufkommen aus den Neuzulassungen die Kosten der Prämie übersteigen. Der Bundeshaushalt wird jetzt belastet mit der Differenz aus Abwrackprämie einerseits und Mehrwertsteuereinnahmen abzüglich Länderanteil andererseits. Für die Länder entstehen Mehreinnahmen. Dass die diesjährigen Stückzahlsteigerungen die Umsätze der nächsten Jahre belasten, es wird sich auf mehrere Jahre verteilen, kann doch kein Grund sein, jetzt einen der wichtigsten inländischen Wirtschaftszweige in ein Loch fallen zu lassen und damit der Arbeitsplatzvernichtung tatenlos zuzusehen. Das war und ist die von ihnen nicht berücksichtigte Alternative zur Abwrackprämie. Sie klagen über weniger Konsumausgaben für andere Dinge. Davon kann man bei den Abwrackprämienverdächtigen ausgehen, aber das ist bei Familien mit begrenztem Einkommen zu allen Zeiten so, sie müssen sich beim Geldausgeben immer zwischen verschiedenen Dingen entscheiden mit den üblichen Folgen für die unterschiedlichen Branchen. Vergessen wird bei vielen Kommentaren, dass die Prämienbegünstigten nur eine Minderheit der Autobesitzer sind und bei der unbegünstigten Mehrheit der Pkw-Besitzer der begründete und unbegründete Drang zum Neuwagen nur vorübergehend gemindert ist und in den kleinwagenarmen kommenden Jahren für den Ausgleich der Delle sorgen wird. Gut auf die Jahre verteilt erfolgt die Restbelastung des Bundeshaushalts bis zu Gesamtsumme der Abwrackprämie durch die eventuellen, aber nicht präzise prognostizierbaren Mehrwertsteuermindereinnahmen ab 2010 als Folge der in 2009 komprimierten PKW-Verkäufe. Die damit verbundenen Mindereinnahmen der Länder neutralisieren den Mehrerlös aus 2009.

Die Abwrackprämie, ja oder nein ist nicht gleich schwarz oder weiß, im Ja sehe ich die etwas vorteilhaftere Alternative. Dass durch die Prämie quasi nebenbei mehr als eine Million PKW mit besonders hoher Schadstoffemission verschrottet werden, habe ich, gleich ihnen, bei meiner Bewertung bewusst nicht berücksichtigt. Hier geht ausschließlich um die ordnungspolitische Betrachtung.

Ergebnis weiterer Recherchen:

Z.Z. sind in Deutschland 41 321 171 PKW zugelassen. Von der Abwrackprämie betroffen sind maximal 2 000 000 PKW.

Das Durchschnittsalter wächst finanzkrisenbedingt z.Z. von 7 auf 8 Jahre. Wenn jetzt 2 Mio. alte PKW abgewrackt werden und es noch weitere geschätzte 5 Mio. prämienfähige Alt-PKW gibt, die nicht abgewrackt werden, weil deren Besitzer trotz der Prämie sich einen Neukauf nicht leisten können oder wollen, bleiben 34 Millionen PKW, von denen jährlich ca 3 - 4 Millionen ausgetauscht werden.

Im August 09 befasst sich Henrike Roßbach in der FAZ in einem Kommentar mit dem Mindestlohn. „Mamma mia“

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Roßbach, Endlich, ein Satz, auf den ich seit Jahren warte, am 21.8.09, geschrieben von Henrike Roßbach. „Wer nicht erwirtschaften kann, was sein Arbeitsplatz kostet, wird keine Stelle finden“. Mit dem Mindestlohn soll auf Kosten der Arbeitgeber die vom Staat zu verantwortende mangelhafte Bildung dieser Menschen kompensiert werden. Das kann nicht funktionieren. Lohn kann und darf nicht bewertet und gemessen werden, an den Bedürfnissen, Lohn kann nur und muss immer der Spiegel des Nutzens der eigenen Leistung sein.

Die Zahl derer, die neben dem Arbeitslohn staatliche Hilfe brauchen, wird zunehmen, weil die Anforderungen an Bildbarkeit und Wissen durch den technischen Fortschritt in den Unternehmen kontinuierlich zunehmen werden. Die einzige Chance zur Milderung des Anstiegs ist die totale Ausschöpfung des Bild- und Ausbildungspotenzials eines jeden einzelnen Kindes. Kinder aus bildungsfernen und Problemfamilien müssen bereits in den Kindergärten stärker gefördert werden, und zwar bis zum maximal möglichen Ausgleich der relativen Defizite. In den Grund und Hauptschulklassen muss es neben Klassen mit 20 Schülern in Brennpunktschulen auch solche mit 8 Schülern geben können. Das Geld, das wir heute nicht zusätzlich für die Bildung dieser Kinder ausgeben, werden wir dann nur zeitversetzt im günstigsten Fall für die Lohnaufstockung ausgeben müssen, aber auch zunehmend für die Erweiterung der Polizei und der Strafjustiz, für Gefängnisbau und deren Unterhalt. Wer glaubt Mindestlohn sei eine Lösung, der sollte nach Frankreich sehen, wo sich in unregelmäßigen Abständen die Wut und der Frust der Jugendlichen niederschlägt, die mit ihrem Bildungs- und Ausbildungsstand zu dem französischen Mindestlohn keine Arbeit finden.

Grundeinkommen 17.7.09

Ein Grundeinkommen unabhängig von der Bedürftigkeit setzt eine quasi altruistische aber dadurch stillstehende und deshalb gegenüber anderen Gesellschaften zurückfallende Gesellschaft voraus. Die gibt es Gott sei Dank nicht. Jede Volkswirtschaft braucht den Wettbewerb seiner Individuen, um 1. aus dem so erwirtschafteten Überschuss u.A. die Bedürfnisse derer zu befriedigen, die tatsächlich der Hilfe bedürfen, und 2. um den evolutionären Fortschritt zu unterstützen und mitgestalten zu können.

Ein Diskussionsteilnehmer stellt Erhard auf den Kopf und schreibt, Erhard hätte von Wohlstand für alle und nicht von Arbeit für alle gesprochen. Damals wusste jeder, dass Wohlstand nur die Folge von der Arbeit aller sein kann. Heute ist das zwar noch genau so, nur gibt es heute Menschen, die das entweder nicht wissen oder glauben es anders probieren zu können und glauben das Schlaraffenland bedürfe nur der Verkündung, damit jeder auf Kosten der jeweils anderen leben kann. Bei Wolfgang Storz lebt die Maschinensteuer wieder auf. Vor 20 oder 30 Jahren haben sogar die Gewerkschaften erkannt, dass das großen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen würde.

Im Bürgerforum, mitfinanziert von der Bertelsmannstiftung, nach seinem Ende im April 08, habe ich über dieses Thema mitdiskutiert. Da gab es welche, die ein Finanzierungsmodell „erarbeitet“ hatten, der Nächste sagte daraufhin, die Finanzierungsmöglichkeit sei bewiesen und keiner der Befürworter merkte, dass das nur eine Hypothese ohne Bezug zur Realität war, aufgestellt von Menschen, die glauben man könne im Sinne des eigenen Wünschens Parameter dramatisch verändern und es geschehe nur das, was man wünsche und alles andere funktioniere wie bisher. Alles, was der Staat seinen Bürgern gibt, muss er ihnen vorher nehmen. An dieser Realität scheitern alle Versuche zur arbeitsfreien Alimentierung, es sei denn, eine Mehrheit der Bürger beschließt, wir schmarotzen auf Kosten der Minderheit, nur, wie die Minderheit dann reagiert, diesen Bürgerkrieg und seine Folgen möchte ich mir lieber nicht vorstellen.

Am 20.12.09 Schrieb Rainer Hank einen provozierenden umfangreichen Beitrag in der FAS „Der Sozialismus ist gar nicht so übel“. Untertitel: „Alle Menschen werden Brüder. Das wollen Christen und Sozialisten. Gleiche Chancen für alle wollen sie auch. Sollten wir es also noch einmal mit dem Sozialismus versuchen? Trotz allem? Er forderte zu Antwort und Stellungnahme auf.

<http://fazarchiv.faz.net/webcgi?WID = 73543-3120101-50608 1>

Hat Herr Hank das wirklich alleine geschafft? Einen solchen Unordnungsmix zwischen Sozialismus und Markt kann man nur mit klammheimlicher Freude am Verwirren anderer leisten. Eine fantastische Provokation. Klasse! Sozialismus ist nur dort möglich, wo fast alle Menschen Altruisten sind und die nichtaltruistischen Störenfriede zwangsweise aus dem Verkehr gezogen werden. Im ganzen Beitrag gibt es keinen Hinweis auf den Ort, der diese Voraussetzung erfüllt. Marx sagte, der Mensch müsse ein sozialistisches Bewusstsein entwickeln, was einschließt, dass er es nicht hat. Er konnte damals nicht wissen, dass er eine genetische Veränderung verlangt, die nicht zustande kommen wird, da entsprechende Mutationen nicht reüssieren. Die Chancen des Einzelnen seine genetische Prägung zu überwinden, sind gering. Es bedarf einer außergewöhnlichen Persönlichkeit. Deshalb gibt es wenige Menschen a la Mutter Theresa. Offensichtlich ist es wesentlich einfacher, seine Prägung am anderen Ende der Werteskala zu überwinden.

Es kann ausgeschlossen werden, dass eine sozialistische Demokratie stabil bleibt. Sie kann demokratisch zustande kommen, wenn jedoch ergebnisbedingt die unvermeidliche Abwahl droht, wird das sozialistische Experiment undemokratisch fortgesetzt, bis es implodiert oder durch Revolution weggesprengt wird. Das Schlimme ist, es geschieht immer erst, wenn wirklich nichts mehr geht, die Volkswirtschaft total ruiniert ist. Der in Absatz 3 konstruierte Widerspruch, einerseits auf keinen Fall Planwirtschaft, andererseits die Einsicht, dass ohne Markt und ohne freie Preise quasi Sextant und Kompass abgeschafft sind, ist unauflösbar und bedeutet Chaos.

Es führt kein Weg daran vorbei, das Streben nach eigenem Wohlstand ist die Voraussetzung für „Wohlstand für alle“. Warum soll das verwerflich sein?

Warum soll Gier die Folge sein? Bei Fußball- oder Tennisspielern, die gewinnen wollen, sprechen wir ja auch nicht von Gier. Kein Sozialist beklagt die ungleiche Entlohnung zwischen Bundesliga und Landesliga, obwohl alle gleich viel arbeiten und der eine nur auf Grund seiner -laut Rainer Hank- verpönten individuellen Begabung mehr erhält, oder vielleicht doch, weil er auch größeren Nutzen – Gewinn bringt? Bevor man in einer Volkswirtschaft den Sozialismus einführt, sollte man es nicht erst einmal im Sport ausprobieren? Alle Fußball- und Tennisspieler erhalten gleich viel! Dann kann man beobachten, welche Folgen Sozialismus hat und für die Volkswirtschaft die richtigen Schlüsse ziehen.

Übrigens, wenn man nach den Erfahrungen beim Sport doch bei der Marktwirtschaft bleiben will, kann man an Fußballregeln lernen wie Marktregeln sein müssen. Denn genau, wie ein Fußballspiel in Regeln ablaufen muss, braucht der Markt seine Marktordnung. So wie der Fußball Linien- und Schiedsrichter mit der Macht zur Ahndung der Übertretung braucht, müssen dafür eingesetzte staatlich legitimierte Organe Übertretungen korrigieren und ahnden können und auch müssen. Aber sowenig, wie der Schiedsrichter spielgestaltend wirken darf, sowenig darf der Staat, bei ordnungsgerechtem Verhalten der Marktteilnehmer, in den Markt eingreifen.

Ein ordnungspolitisch geregelter Markt ist gerechter als Sozialismus, weil nur im Markt gefundene Preise gerecht sein können. Preise im Sozialismus sind Willkür. Zum Schluss einige meiner im Laufe der Jahre aufgeschriebenen antisozialistischen Denksplitter:

93-10-09

Der Markt ist realisierte Demokratie, jede Entscheidung für oder gegen ein Produkt, eine Leistung, ist eine marktbeeinflussende Wahl. Was alle betrifft, wird von allen entschieden, was nicht alle betrifft, wird von denen entschieden, die es betrifft, tangiert, beschwert.

94-06-30

Wichtige Voraussetzung für die dynamische Entwicklung der Wirtschaft, ist die Akzeptanz der Ungleichheit.

Energie

Kuriose Situation: Die die Kernkraft ablehnenden Parteien hoffen trotz der die Bürger finanziell belastenden Energieverteuerung bei Wahlen auf mehr Stimmen, und die Parteien, die die Klimaverbesserungskosten für die Bürger senken wollen, fürchten dafür von den Wählern bestraft zu werden.

Der Aufklärungsbedarf ist gigantisch!

Brief an die Bundeskanzlerin am 14.7.09

(Zur Vermeidung von Wiederholungen gekürzt.)

Atomkraftwerke werden im Wahlkampf eine wichtige Rolle spielen, das sehe ich eher positiv. Dem Vorwurf, die CDU mache sich zum Sprachrohr der Atomlobby, sollte entgegengehalten werden, sie sei Sprachrohr und Lobbyist der Menschen mit kleinem Portemonnaie.

Die Positionen der 3 linken Parteien bieten eine breite Angriffsfläche.

Beeinflusst werden die Wähler von 3 Faktoren.

1. Ihren Emotionen
2. Dem Wunsch die Treibhausgase zu reduzieren, insbesondere CO₂
3. Den Stromkosten.

Die Emotionen werden z.Z. getragen von Falschinformationen, bewusst herbeigeführter Desinformation. Dem kann man nur mit umfassender Aufklärung entgegenwirken.

Wichtig ist es die Wähler auch darauf hinzuweisen, dass die höheren Strompreise nicht nur ihre Stromrechnung unnötig verteuern, sondern die höheren Strompreise sich auch im Warenkorb der privaten Haushalte niederschlagen. Egal, welche Ware die Wähler kaufen, welche Dienste sie in Anspruch nehmen alles ist belastet von den von den Linken unnötig verteuerten Strompreisen. Das reicht vom Brot, über alle Lebensmittel, Bekleidung, Auto, Bahnfahrten, Nahverkehrsmittel, bis zu Theater- und Kinobesuche, usw. Bei allem beeinflussen die Stromkosten die Preise.

Weiterhin beinträchtigen zu hohe Industriestrompreise die deutsche Wettbewerbsfähigkeit und vernichten dadurch auch Arbeitsplätze. In Deutschland ist Arbeit teurer als in fast allen Industrieländern. Um das zu kompensieren, brauchen wir preiswerte Energie. Jede andere Strategie vernichtet Arbeitsplätze und reduziert Wohlstand.

Wir dürfen uns von den Linksparteien nicht einreden lassen, Klimaschutz bedeute teure Energie. Am Beispiel der Proportionen zwischen Deutschland und Frankreich zeigt sich, wie Atomkraft die CO₂ Emission und die Verbraucherpreise beeinflusst.

Nach der Bundestagswahl sollte die Union bei der notwendigen Änderung der Atomgesetze vom Wahlprogramm etwas abweichen und Folgendes beschließen: Die AKW-Betreiber und Weiterverteiler werden durch Gesetz verpflichtet zur separaten Vermarktung des in KKW erzeugten Stroms zu einem vom Kartellamt überwachten deutlich niedrigerem Preis als den aus dem Energiemix. So entsteht sowohl für private Haushalte als auch für gewerbliche und industrielle Verbraucher die Möglichkeit preiswerteren Strom zu kaufen und die Regierung erhält einen unmissverständlichen Beweis für den tatsächlichen Grad der Akzeptanz von Atomstrom bei der Bevölkerung.

Brief an die Bundeskanzlerin, 23.8.09
(Gekürzt zur Vermeidung von Wiederholungen)

Vielen Dank für die kompetente und beruhigende Antwort durch Herrn Bolz vom 18.8. auf meinen Brief vom 14.7.09. Lediglich die letzten Sätze veranlassen mich, nochmals auf das Thema einzugehen. Es entspricht nicht den Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, wenn einzelne Unternehmen von Regierungs- oder Gesetzgeberseite „veranlasst“ werden, etwas zu tun, was sie ohne Druck nicht tun würden, hier Forschung im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Es ist im ordnungspolitischen Sinne richtig, wenn die

Regierung Grundlagenforschung fördert, solange sie dafür Steuermittel einsetzt und es ist nicht richtig, wenn sie andere „veranlasst“ dies mit Eigenmittel zu tun. Ich zitiere aus meiner Homepage > „Finanzmarktkrise“:

Genau, wie ein Fußballspiel in Regeln ablaufen muss, braucht der Markt seine Marktordnung. So wie der Fußball Linien- und Schiedsrichter mit der Macht zur Ahndung der Übertretung braucht, müssen dafür eingesetzte staatlich legitimierte Organe Übertretungen korrigieren und ahnden können und auch müssen. Aber sowenig, wie der Schiedsrichter spielgestaltend wirken darf, sowenig darf der Staat, bei ordnungsgerechtem Verhalten der Marktteilnehmer, in den Markt eingreifen.

Ich kenne diese Situation und weis, wie schwer es ist, wenn man die Macht hat, etwas zubewirken was man will, aber die Selbstdisziplin haben soll, es trotzdem nicht zu tun. Lenkungspolitik und Marktwirtschaft sind unvereinbar. Ausrichten muss sich Politik an den Interessen der Verbraucher. Nur unter dieser Definition lassen sich alle Menschen subsumieren und durch Entscheidungen jedweder Art gleich behandeln.

Zu einem anderen Thema möchte ich noch etwas sagen.

Im Deutschlandplan von F.W. Steinmeier ist viel von Förderung bestimmter Branchen und Segmenten der Wirtschaft die Rede. Lenkungsförderung verschlingt immer sehr viel Geld und lenkt fast immer in die Sackgasse. Die Union glaubt, dass die Bürger durch ihr Marktverhalten das besser beeinflussen können. Markt, so wie die Union ihn sieht, besteht aus der Summe aller Verbraucher, Rentner, Arbeitnehmer, Selbstständigen und Unternehmern, sie alle lenken durch ihr Kaufverhalten den Markt besser als die Politik dies je könnte. Deshalb will die Union das Geld, das Herr Steinmeier zum Lenken ausgeben will, den Steuerzahlern zurückgeben, damit sie durch ihr Marktverhalten selbst bestimmen können, was mit ihrem Geld gefördert wird.

Brief an die FAZ im Juli 09

Von bestimmten Parteien und Medien werden die Brände einzelner Transformatoren als Risiko für die Bevölkerung dargestellt.

Zuerst: Der Maschinentransformator transformiert keine Maschinen, sondern Strom. Wo und wie diese unsägliche Deformation der deutschen Sprache entstanden ist, weis ich nicht.

Ich gehe davon aus, dass ein AKW sich nicht mit eigenem Strom versorgt, sondern aus dem öffentlichen Netz. Das vorausgesetzt kann ich nicht erkennen, wieso ein Trafoausfall bzw. Trafobrand sicherheitsrelevant sein soll. Überall wo Strom erzeugt wird, braucht man einen Transformator, um den Strom transportfähig zu machen. Bei Windkraftanlagen brennen gelegentlich Transformatoren ohne öffentliche Anteilnahme.

Warum brennen ab und zu Transformatoren? Bis etwa 1980 war das Kühlmittel in Transformatoren PCB-haltig, giftig und unbrennbar. Da Transformatoren mangels technischen Fortschritts sehr alt werden können, ich erinnere mich an Transformatoren mit Art-déco-Verzierungen, kam es immer wieder zu Lecks durch Rost, das giftige Kühlmittel versickerte im Boden, der dann, wegen der Gefahr für das Trinkwasser, aufwendig saniert werden musste. Daraufhin wurde

das Kühlmittel verboten und ersetzt durch ein ungiftiges aber brennbares Kühlmittel. Wenn es kein ungiftiges und unbrennbares Kühlmittel gibt, sollte für Transformatoren bei AKWs das alte Kühlmittel mit entsprechenden Sicherheitsauflagen (Bodenwanne) wieder zugelassen werden.

Ich möchte sie mit diesem Brief motivieren, den Sachverhalt zu recherchieren und die Öffentlichkeit qualifiziert zu informieren, auch um zu verhindern, dass bestimmte politische Kreise weiterhin in der mit den Zusammenhängen nicht vertrauten Bevölkerung, um des eigenen Vorteils willen, mit diesem Thema Angst schüren können.

Auszug aus einem Brief an Dr. Fuchs, MDB, 30.11.09

Ihre Stellungnahme zur Kernkraft in der FAZ am 27.11. gehören z.Z. zu einer der sehr seltenen faktengestützten Äußerungen aus den Kreisen der Union. Vielen Dank.

Das internationale Energiegeschehen wird in Deutschland ausgeblendet. Die allgemeinen Diskussionen pflegen die emotionale Betrachtung der Energieerzeugung. Über die Wahl der Mittel zur Vermeidung der CO₂-Emissionen wird zu wenig gestritten, zu oft werden die Ziele scheinbar untrennbar mit den Mitteln verbunden. Purer Lobbyismus!

Um die quengelnden Deutschen ruhig zu stellen, bekommen sie was sie wollen, Solar- und Windstrom. Die öffentliche Diskussion ist unerwünscht. Eine christliche Partei ist gegenüber ihren Bürgern zur Wahrheit verpflichtet, dazu gehört auch, sie nicht unwissend zu lassen!

Regine Günther, WWF (Öko-Institut?) sagt:

Der Anteil der erneuerbaren Energien könne nur dann stark steigen, wenn der Energieverbrauch deutlich sinke. z.B. bei Privatpersonen bis 2050 um 76%. Eine fast vollständige Vermeidung der Treibhausgase innerhalb 40 Jahre ist kaum zu erreichen, wenn man die Lebensweise nicht lenkt. So müsste der Verzehr von tierischen Produkten, vor allem Rindfleisch bis 2050 um 2/3 sinken.

Alle, die nicht wollen, dass ihre Lebensweise gelenkt wird, sollten sich eine Übersicht bezüglich der Alternative verschaffen, statt die Lenkung ihrer Lebensweise zu riskieren.

Hier einige Fakten:

Die IAEA (Internationale Atomenergie Agentur) schätzt das sich der weltweite Anteil an der Stromerzeugung aus Kernkraft bis 2030 um das Zweieinhalbfache steigert. (FAZ.11.1.07) Quellen: FAZ und Bundesamt für Strahlenschutz, Informationskreis Kernenergie IAEA

Im Dezember 06 veranstalteten die Vereinten Nationen in Wien einen technischen Workshop für Länder, die über den Einstieg oder den Ausbau hinsichtlich der Kernenergie nachdenken. Davon hatten 28 Teilnehmerländer noch keine Kernkraftwerke.

Im Juni 07 sagt der Weltenergierrat Atomstrom sei günstig und sicher herzustellen. Kernkraft sei grüne Energie.

Der englische Industrieminister A. Darling sagt im Mai 07 ohne den Neubau von Kernkraftwerken seien die in Kyoto vereinbarten CO₂ Reduzierungsziele in GB nicht zu erreichen.

Für Belgien hat eine berufene Sachverständigengruppe gewarnt, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie zu einer Verdoppelung der Strompreise führen würde.

Sarkozy und der polnische Ministerpräsident haben im November 09 ein Abkommen unterzeichnet, das Polen französische Unterstützung beim Bau von zwei neu in Polen zu errichtenden Atomkraftwerken zusichert, das erste soll 2020, das Zweite 2025 ans Netz gehen.

Allein für die seit 2005 bis jetzt in Deutschland installierten Solaranlagen werden bis 2030 27 Milliarden Euro Einspeisevergütung fällig. Jeder Arbeitsplatz in der Solarbranche verschlingt pro Jahr 150 000.- bis 177 000.-€ an Subventionen. (Unterschiedliche Quellen.)

Der Ausnutzungsgrad im Verhältnis zur installierten Leistung schwankte in den Jahren 2000 – 2008 zwischen 6.2% und 9.3%. (Wikipedia)

Prof. Sinn, Ifo Institut, schätzt die jährlichen Subventionskosten für die erneuerbaren Energien auf 60 Milliarden €, das sind pro Kopf der deutschen Bevölkerung 731.70 €.

Der Anteil an erneuerbaren Energien soll noch erheblich gesteigert werden. Das Energieeinspargesetz schützt die Investoren und verpflichtet die EVU jede produzierte Strommenge abzunehmen, auch wenn sie nicht nutzbar ist. Die EVU sind hinsichtlich Menge und Zeit den Launen der Natur ausgeliefert. Es ist schon mehrfach vorgekommen, dass die abnahmeverpflichteten EVU Strom verschenken mussten, sogar für die Abnahme bezahlen mussten. Wer bezahlt das schlussendlich? Die deutschen Bürger über den steigenden Strompreis! Als man mir als Kind von Schilda erzählte, hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass eine von mir gewählte Regierung mich zwangsweise zum Schildbürger macht.

Diskussion mit Hermann Scheer und dem französischen Minister für Energie in TV Arte: Ein Atomkraftwerk entspricht der Photovoltaikfläche von 30 Millionen m². 16 % der Abfälle aus Kernkraftwerken lassen sich heute schon aufbereiten. Reaktoren der 4. Generation brauchen die Abfälle von heute.

Ca. 400 Kernkraftwerke sind weltweit im Bau oder in Planung. Daran beteiligt sind, u.A. England, Finnland, Frankreich, Amerika, Russland, Rumänien, Bulgarien, Ukraine. Sind das alles rückständige, unaufgeklärte Länder? Ist Deutschland das weltweit einzige fortschrittliche und aufgeklärte Land? Oder ist es eher umgekehrt? Das Thema ist zu wichtig, um nach ideologischen Gesichtspunkten entschieden zu werden.

Laut Stephan Kohler, DENA, (Deutsche Energieagentur, staatlich kontrolliert) bringt die Laufzeitverlängerung der AKW in Deutschland eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 100 bis 120 Millionen Tonnen jährlich. Laut Bundesumweltamt betrug 2008 der CO₂-Ausstoß in Deutschland 832 Millionen Tonnen. Das bedeutet, die Laufzeitverlängerung mindert die Schadstoffbelastung um 12 – 14,4%. (Quelle: FAZ)

Europaweit hat Deutschland die höchsten Belastungen der Wirtschaft und der privaten Haushalte hinsichtlich der Klimaschutzkosten zu tragen. Dass die anderen Länder Europas eine der deutschen gleiche Klimaschutzpolitik betreiben werden, ist auszuschließen. Sie werden aus der deutschen Energiepolitik gelernt haben, dass man es so nicht machen darf, eine so unnötige Stromkostenverteuerung seinen Bürgern nicht zumuten kann.

Die neue Bundesregierung scheint stolz darauf zu sein, die teuerste Lösung zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes gefunden zu haben und ist Stolz darauf, mehr Geld dafür auszugeben, als alle anderen Regierungen. Statt durch Aufklärung die Emotionen zu überwinden, beugt sich die Bundesregierung hinsichtlich der erneuerbaren Energien einerseits und des Atom- und Kohlestroms andererseits den emotionsbestimmten Vorurteilen. Sie resigniert, anstatt vorzurechnen, was die Bürger ihre Emotionen kosten und wie das Ziel aller, die Verbesserung der CO₂-Bilanz, viel preiswerter, billiger erreicht werden kann.

Um die wirtschaftliche Prosperität zu verbessern, will die Regierung Steuern zulasten des verschuldeten Haushalts senken. Eine Kehrtwende in der Energiepolitik könnte eine wesentlich größere Entlastung der Volkswirtschaft bringen, bei nur geringer Belastung des Haushalts. Wenn man den Steueranteil im Strompreis belässt, beträgt die Belastung 0.

Gemäß der Political Correctness in diesem Land ist Wind und Sonne gut, Kohle und Atom schlecht. Jeder Andersdenkende, der das Thema Energiepolitik aus der Sackgasse herausholen will, das Tabu brechen will, wird geächtet. Die Bürger haben Anspruch darauf zu erfahren, was Klimaschutz in Deutschland derzeit kostet und weiterhin kosten wird, wenn sich nichts ändert. Wind- und insbesondere Solarenergie führen zu den höchstmöglichen CO₂ Vermeidungskosten, teurer geht es nicht!

Eine separate Vermarktung des AKW-Stroms würde die Aufklärung der Bürger bezüglich der Kostenstruktur der Strompreise nachhaltig unterstützen. Die AKW-Betreiber und Weiterverteiler sollten per Gesetz verpflichtet werden zur separaten Vermarktung des in KKW erzeugten Stroms zu einem vom Kartellamt überwachten deutlich niedrigerem Preis, alternativ zum Preis aus dem Mix der anderen Stromquellen. So entsteht sowohl für private Haushalte als auch für gewerbliche und industrielle Verbraucher die Möglichkeit, soweit die produzierte Menge reicht, preiswerteren Strom zu kaufen und die Regierung erhält einen unmissverständlichen Anhaltspunkt für den tatsächlichen Grad der Akzeptanz von Atomstrom bei der Bevölkerung. Zur Förderung der notwendigen Forschung bezüglich der Wind- und Solarenergie, und insbesondere der zukünftigen

Speichermöglichkeiten, würde ein abgezweigter niedriger dreistelliger Millionenbetrag reichen. Heute wird nur der Ausbau der Kapazitäten auf Basis des heutigen Standards gefördert und nicht die Weiterentwicklung.

Lincoln sagte: Du kannst alle Leute einige Zeit täuschen, auch einige Leute dauernd, aber du kannst nicht alle Leute auf Dauer täuschen.

(FAZ 11.4.08. Zur Ordnung)

Brief an Hanna Poddig am 6.12.09

Ich habe sie am 3.12.09 bei Maybrit Illner gesehen und gehört. Sie sind sehr eloquent, aber sie haben sich offensichtlich über viele Jahre in einem Denktrichter eingegraben, was ihren Horizont sehr verengt. Sie sitzen am Boden des Trichters und mit diesem verengten Horizont teilen sie die Welt in Gutes und Böses, sie unterscheiden nur noch zwischen ihrer Meinung und anderen falschen Meinungen. Aber die größte Kraftquelle auf der Welt ist die Diskussionsbereitschaft, die Fähigkeit sich mit anderem Denken auseinanderzusetzen und immer wieder den eigenen Standpunkt, auch wenn es schmerzt, infrage zu stellen. Fehlt ihnen dazu die Kraft oder haben sie Angst vor dem Ergebnis? Irgendwie tun sie mir leid. Soviel gute Begabungen werden sinnlos in die Irre geleitet, eine beispielhafte Ressourcenverschwendung. Die ganze Sendung befasste sich mit dem Klimaproblem, als sei es in Deutschland zu lösen. Was im Rest der Welt geschieht, wurde ausgeblendet. Das war absurd.

Gemäß der Political Correctness in diesem Land ist Wind und Sonne gut, Kohle und Atom schlecht. Jeder Andersdenkende, der das Thema Energiepolitik aus der Sackgasse herausholen will, das Tabu brechen will, wird geächtet. Da ich mich selbst sehr intensiv mit dem Thema befasste, nachstehend einige Fakten:

(Um Wiederholungen zu vermeiden sind hier weggelassen Auszüge aus „Strom und Politik“ dieser Homepage.)

Sie wollen die Welt verbessern, das Wollen ist zu loben, aber was tun sie tatsächlich?

Erkennen sie nicht, dass sie mit ihrem Eintreten für die dynamische Fortsetzung des Marschs in die Sackgasse, den deutschen Bürgern unermesslichen Schaden zufügen?